

## Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Fortschritte für Zypern – Eine Aufgabe für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit dem 1. Mai 2004 ist die Republik Zypern Mitglied der Europäischen Union. Die mit dem Beitritt verbundene Erwartung, dass die Teilung der Insel überwunden werden könnte, hat sich bislang nicht erfüllt. Dennoch ist nach dem auf griechisch-zyprischer Seite gescheiterten Referendum von 2004 über den so genannten Annan-Plan zur Wiedervereinigung der Insel wieder Bewegung in die Zypernfrage gekommen. Vor allem die Zustimmung der Republik Zypern für die EU-Finanzhilfe an den Norden der Insel ist ein positives Signal. In diesem Sinne schlussfolgerte auch der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen der Europäischen Union am 22. Januar 2007, dass „insbesondere bei der Finanzhilfeverordnung, die die Wiedervereinigung Zyperns befördern soll, Fortschritte erzielt worden sind“.

Vor diesem Hintergrund kommt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 die wichtige Aufgabe zu, weitere Schritte zur Wiederherstellung der vollen staatlichen Einheit und Souveränität der Republik Zypern zu unternehmen.

Besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Entwurf der so genannten Direkthandelsverordnung der EU-Kommission aus dem Jahr 2004, mit der eine Sonderregelung für den Handel mit den Landesteilen angestrebt wird, in denen die Regierung der Republik Zypern keine tatsächliche Kontrolle ausübt.

Viele Menschen in ganz Zypern erwarten dabei ein stärkeres Engagement der Europäischen Union in der Zypernfrage und bei der Lösung der täglichen Probleme im Zusammenleben der Menschen. Da die Bundesrepublik Deutschland auf beiden Seiten der Demarkationslinie hohes Vertrauen genießt, sollte der deutsche EU-Ratsvorsitz die bestehenden Möglichkeiten zur Überwindung der Gegensätze aktiv unterstützen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung als EU-Ratspräsidentschaft auf,

1. sich dafür einzusetzen, dass die Arbeiten im Hinblick auf die Annahme des EU-Kommissionsvorschlages für eine Verordnung des Rates über Sonderregelungen für den Handel mit den Landesteilen der Republik Zypern, in denen die Regierung der Republik Zypern keine tatsächliche Kontrolle ausübt, unverzüglich wieder aufgenommen werden;

2. sich dafür einzusetzen, dass der Handel zwischen beiden Landesteilen Zyperns weiter belebt werden kann, um in der Folge zu einer politischen Lösung zu gelangen;
3. sich im Rahmen der EU-Finanzhilfe für den Norden Zyperns für die Entwicklung und Restrukturierung der Infrastruktur, dabei vor allem im Umwelt-, Energie-, Transport- und Telekommunikationsbereich, für die Förderung sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung, dabei vor allem der ländlichen Entwicklung, der Humanressourcen und kleiner und mittlerer Unternehmen, sowie für die Heranführung der Bevölkerung im Norden Zyperns an die EU durch die Förderung von Austausch-, Stipendienprogrammen und EU-Informationsveranstaltungen vor Ort einzusetzen;
4. die Bereitschaft der Verwaltung im Norden Zyperns zu nutzen, dort eine schrittweise Anpassung an das Rechtssystem der EU zu fördern;
5. in den EU-Verhandlungen mit der Türkei auf einen schrittweisen Abzug ihrer im Norden Zyperns stationierten Truppen hinzuwirken und so ein deutliches, vertrauensbildendes Signal an die griechisch-zyprische Seite zu senden;
6. in den Verhandlungen mit der Türkei deutlich zu machen, dass die EU erwartet, dass das Anpassungsprotokoll zum Assoziierungsabkommen vollständig implementiert wird;
7. sich dafür einzusetzen, dass die Regierung der Republik Zypern ihre Kontaktsperre zum Parlament, zur Verwaltung und zu öffentlichen Institutionen sowie zu Bildungseinrichtungen im Norden Zyperns aufhebt. Der Bundestag begrüßt ausdrücklich den Abriss der Grenzmauer an der Ledra-Straße in Nikosia am 9. März 2007. Den Menschen auf beiden Seiten muss ein ungehinderter Grenzübergang ermöglicht werden;
8. die Erarbeitung eines Konzepts zur Lösung der ungeklärten Eigentumsfragen auf Ebene der Vereinten Nationen zu unterstützen;
9. sich neben den Initiativen auf EU-Ebene auch für eine Lösung des Zypernkonfliktes auf Ebene der Vereinten Nationen einzusetzen und den Generalsekretär der Vereinten Nationen bei einer neuen Initiative zu unterstützen, die die möglichen Bevölkerungsveränderungen seit 1974 berücksichtigt. Eine von den Vereinten Nationen organisierte Volkszählung könnte dabei helfen, realistische Daten für die Bewertung der Einwanderung nach Zypern in beiden Teilen des Landes zu erhalten und die Migrationsfrage zu entspannen;
10. Bürgerinitiativen und Verbände zu unterstützen und zu fördern, in denen sich Menschen aus beiden Teilen Zyperns über die innerzyprische Grenze hinweg für Verständigung und den Abbau von Feindbildern einsetzen und praktisch zusammenarbeiten;
11. von allen Beteiligten einen intensiveren und konstruktiven Beitrag zur Lösung der Zypernfrage einzufordern.

Berlin, den 9. Mai 2007

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**  
**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**